



7. November 2011

Sehr geehrte Damen und Herren,

anlässlich des Koalitionsgipfels von Union und FDP am 6. November 2011 übersenden wir Ihnen dazu ein Fakten Aktuell mit Ergebnissen, Argumenten und Informationen.

Fragen	Ergebnisse des Koalitionsgipfels
Was wurde beim Koalitionsgipfel beschlossen?	Die Koalitionsspitzen haben beschlossen, die Bürgerinnen und Bürger an der Aufschwungdividende zu beteiligen. Um den Herausforderungen der Zukunft gewachsen zu sein, wurden umfassende Beschlüsse gefasst. Diese umfassen fünf Punkte: mehr Steuergerechtigkeit, bessere Pflegeleistungen, Betreuungsgeld, Vereinfachung der Zuwanderung sowie Investitionen in die Infrastruktur.
Können wir uns die Entlastungsbeschlüsse leisten?	<p>Sämtliche Beschlüsse sind mit dem nötigen Augenmaß gefällt worden. Deutschland ist ein Fels der Stabilität in Europa. Unsere Wirtschaft ist stark, der Zusammenhalt in unserer Gesellschaft intakt. Wir haben die geringste Arbeitslosigkeit seit 20 Jahren. Die Jugendarbeitslosigkeit befindet sich auf dem geringsten Stand in ganz Europa. Besonders erfreulich ist, dass auch die Langzeitarbeitslosigkeit nachhaltig sinkt. Die Neuverschuldung wird konsequent zurückgeführt. Wir sind stärker aus der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise herausgekommen, als wir hineingegangen sind. Die Menschen in Deutschland haben eine große Bereitschaft gezeigt, die internationale Finanz- und Wirtschaftskrise zu bewältigen. Es ist daher an der Zeit, sie an der Aufschwungdividende teilhaben zu lassen. Es ist ein Einstieg in den Ausstieg aus der kalten Progression mit dem Ziel, Leistungsträger in unserer Gesellschaft auch weiter zu mobilisieren.</p> <p>Um die Spitzenstellung Deutschlands zu stärken, benötigen wir außerdem Investitionen in die Zukunft: Wir stärken die Infrastruktur und die Betreuung unserer Kinder. Daneben müssen auch in der Sozialpolitik die Weichen richtig gestellt werden, was wir in der Pflege nun tun.</p>
Wie soll mehr Steuergerechtigkeit erreicht werden?	<p>Union und FDP werden in zwei Schritten zum 1. Januar 2013 und zum 1. Januar 2014 die inflationsbedingten Steuermehreinnahmen im Volumen von insgesamt rd. 6 Milliarden Euro an die Bürgerinnen und Bürger zurückgeben. Die Entlastungswirkung wird in 2013 rd. 2 Milliarden Euro und in 2014 weitere rd. 4 Milliarden Euro betragen. Auch in Zukunft werden regelmäßig bei verfassungsrechtlich gebotenen Anhebungen des Grundfreibetrags Veränderungen im Tarifverlauf vorgenommen.</p> <p>Die FDP-Bundestagsfraktion geht davon aus, dass die Länder im Bundesrat sowohl die verfassungsrechtlich gebotene Anhebung des Grundfreibetrages als auch die entsprechende Tarifverschiebung mittragen. Die Kosten betragen hierfür rd. 4 Milliarden Euro für die Länder und den Bund. Der Bund ist den Ländern schon weit entgegengekommen und wird die darüber hinausgehenden Kosten für die weitergehende Bekämpfung der Kalten Progression in Höhe von rd. 2 Milliarden Euro allein tragen.</p>

<p>Wie sollen die Leistungen der Pflegeversicherung verbessert werden?</p>	<p>Die Koalition erweitert die Leistung der Pflegeversicherung für Pflegebedürftige und ihre Angehörigen. Zukünftig sollen allgemeine Betreuungsleistungen, die sich insbesondere an Menschen mit eingeschränkter Alltagskompetenz richten, ebenfalls Bestandteil der Pflegeversicherungsleistungen sein. U.a. werden wir für Pflegebedürftige mit erhöhtem allgemeinen Betreuungsbedarf die ambulanten Geldleistungen und die Betreuungskräfte im stationären Bereich ausbauen. Die Menschen, die unter einer Demenzerkrankung leiden, erhalten endlich zusätzliche Leistungen. Außerdem beginnen wir, die Demenz bei der Pflegebedürftigkeit künftig besser zu berücksichtigen. Das ist eine wirklich gute Nachricht.</p> <p>Schließlich schaffen wir den Einstieg in die private, kapitalgedeckte Vorsorge. Damit können die Menschen sicher sein, dass das Geld, das sie für ihre Pflege zurücklegen, auch zugriffssicher dafür zur Verfügung steht. Damit ist die private Vorsorge ein wichtiger und zuverlässiger Baustein für die persönliche Absicherung in der Zukunft. Wir werden die Menschen dabei unterstützen und die freiwillige private Vorsorge für Leistungen bei Pflegebedürftigkeit zusätzlich zum heutigen System der kapitalgedeckten Altersvorsorge ebenfalls ab dem 1. Januar 2013 steuerlich fördern. Zur weiteren Finanzierung wird der Beitragssatz sich leicht um 0,1 Prozentpunkte zum 1. Januar 2013 erhöhen, so dass der Pflegeversicherung rd. 1,1 Milliarden Euro zusätzlich zur Verfügung stehen. Weiterhin arbeiten wir an einem neuen Bedürftigkeitsbegriff in der Pflege, der bis 2013 neu gefasst werden soll.</p>
<p>Was wurde beim Betreuungsgeld beschlossen?</p>	<p>Die Koalition wird ab dem Jahr 2013 als zusätzliche Anerkennungs- und Unterstützungsleistung ein Betreuungsgeld in Höhe von zunächst 100 Euro für das 2. und ab dem Jahr 2014 in Höhe von 150 Euro für das 2. und 3. Lebensjahr des Kindes einführen. Wir werden so Familien weiter stärken und die Wahlfreiheit für unterschiedliche Lebensmodelle weiter verbessern. Die FDP hält sich damit an das im Koalitionsvertrag Vereinbarte.</p>
<p>Welche Änderungen wurden bei der Zuwanderung beschlossen?</p>	<p>Ein großer liberaler Erfolg sind die Änderungen der Zuwanderungsregelungen. Eine zentrale Grundlage für Wachstum und Wohlstand in unserem Land sind die engagierten und gut qualifizierten Beschäftigten. Deshalb wollen wir die Attraktivität des deutschen Arbeitsmarktes insbesondere auch für Hochqualifizierte weiter steigern. Damit ausländische Hochqualifizierte leichter nach Deutschland kommen und hier zum Wohlstand und Wachstum beitragen, haben wir uns auf die Einführung einer „blue card“ verständigt.</p> <p>Außerdem wird die Gehaltsschwelle des Aufenthaltsgesetzes von derzeit 66.000 Euro auf 48.000 Euro abgesenkt, wie von der FDP gefordert. Unbefristet dürfen qualifizierte Zuwanderer aber nur bleiben, wenn sie drei Jahre lang keine Sozialhilfe in Anspruch nehmen. So wird Zuwanderung in die sozialen Sicherungssysteme verhindert.</p>
<p>Wie hoch sind die zusätzlichen Investitionen in die Infrastruktur?</p>	<p>Einmalig werden wir 2012 zusätzlich eine Milliarde Euro in die Verkehrsinfrastruktur investieren. Deutschland braucht leistungsfähige und optimal vernetzte Verkehrswege. Dies ist ein wichtiges Fundament zur Sicherung von Arbeitsplätzen und Wirtschaftswachstum, insbesondere im Mittelstand.</p>

Mit freundlichen Grüßen

Beatrix Brodkorb
Pressesprecherin und Leiterin der Pressestelle
der FDP-Bundestagsfraktion
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030/227-52388
Fax: 030/227-56778